



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift
über die Sitzung
des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden
am 06.11.2018

Anwesend

Vorsitz

Oberbürgermeister Michael Ebling

Stellvertr. Vorsitz

Oberbürgermeister Sven Gerich

Mitglieder Landeshauptstadt Wiesbaden

Hartmut Bohrer, Stadtverordneter
Dr. Klaus-Dieter Lork, Stadtverordneter
Ronny Maritzen, Stadtverordneter
Sebastian Rutten, Stadtverordneter
Rainer Schuster, Stadtrat
Dr. Rashid Delbasteh, Stadtverordneter
André Weck, Stadtverordneter

Mitglieder Landeshauptstadt Mainz

Daniel Köbler, MdL, Stadtratsmitglied
Martina Kracht, Stadtratsmitglied
Dr. Christian Moerchel, Stadtratsmitglied
Dr. Christine Pohl, Stadtratsmitglied für Dr. Eleonore Lossen-Geißler, Stadtratsmitglied
Wolfgang Reichel, Stadtratsmitglied

Gäste

Kreisbeigeordneter Günter Döring, Rheingau-Taunus-Kreis
Oliver Heiliger, Wiesbaden Marketing GmbH
Eva Kreienkamp, Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH/CityBahn GmbH
Uwe Leitermann, mainzplus Citymarketing GmbH
Hans-Joachim Mendgen, SEG Wiesbaden mbH, Projektleiter Kalkofen/Ostfeld
Roland Stöcklin, SEG Wiesbaden mbH
Prof. Dr.-Ing. Hermann Zemlin, ESWE-Verkehr

Stadtverwaltung Mainz

Bürgermeister Günter Beck, Dezernent für Finanzen, Beteiligungen und Sport;

Stellv. Dezernent für Umwelt, Grün, Energie und Verkehr

Beigeordnete Marianne Grosse, Dezernentin für Bauen, Denkmalpflege und Kultur

André Gerhardt, Büro des Oberbürgermeisters

Horst Maus, Beauftragter für AKK-Angelegenheiten

Dr. Stephan Kerbeck, Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen

Axel Strobach, Stadtplanungsamt

Stadtverwaltung Wiesbaden

Stadtrat Hans-Martin Kessler, Dezernent für Stadtentwicklung und Bau

Stadtrat Andreas Kowol, Dezernent für Umwelt, Grünflächen und Verkehr

Thomas Schwendler, Dezernat für Stadtentwicklung und Bau

Felix Weidner, Dezernat für Umwelt, Grünflächen und Verkehr

Stephan Bock, Büro des Magistrats

Ursula Powilat, Büro des Magistrats

Jasmin Elsenheimer, Dezernat des Oberbürgermeisters

Dr. Uwe Conrad, Tiefbau- und Vermessungsamt

Marcus Vaupel, Stadtplanungsamt

Christa Gabriel, Ortsvorsteherin Mainz-Kastel

Stephan Lauer, Ortsvorsteher Mainz-Kostheim

Rainer Meier, Ortsvorsteher Amöneburg

Schriftführung

Hans Schiller, Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen, Stadt Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

1. IEHK (Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept) Wiesbadener Straße, Mainz-Kastel
2. Mainzer Sommerlichter - Möglichkeiten der Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden
3. Kooperation der Wissenschaftsstädte Mainz und Wiesbaden
4. Sachstand Planungen City-Bahn Mainz-Wiesbaden

5. Sachstand "Neue Rheinbrücke" - Vorprüfung
6. Sachstand der Planungen für das Gebiet Ostfeld/Kalkofen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
7. Verschiedenes

Öffentlich

Herr Oberbürgermeister Ebling begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt die anwesenden Gäste und Dezernenten der beiden Landeshauptstädte vor.

Punkt 1 IEHK (Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept) Wiesbadener Straße, Mainz-Kastel

Herr Stadtrat Kessler führt in den Tagesordnungspunkt ein. Das integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept für die Wiesbadener Straße sei ein wichtiges Instrument für einen wichtigen, aber bislang wenig geordneten Stadtbereich. Es sei mit einem umfassenden und sehr konstruktiven Beteiligungsprozess mit vielen lokalen Ideen entstanden. Ziel sei es, die städtebauliche Situation der räumlichen Lage angemessen zu verbessern, etwa durch Wohnen in attraktiver Lage und höherwertige gewerbliche Nutzungen. Ein funktional eigenständiges Stadtquartier soll entstehen.

Herr Vaupel stellt die städtebauliche Ausgangslage, den Planungsanlass, die Leitlinien und Ziele, die Entwicklungsschwerpunkte sowie den Planungs- und Beteiligungsprozess mit einigen für Wiesbaden neuen Beteiligungsaktivitäten vor (siehe Anlage zu TOP 1). Die Bewohner, Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümer haben sich sehr interessiert, engagiert und konstruktiv eingebracht. Die Beteiligungsangebote wie „Planen im Freien“, „Stadtquartierstouren“ und Workshops z. B. zum Thema „Urbanität und Dichte“ seien sehr gut besucht gewesen. Insgesamt soll die Wiesbadener Straße künftig das Rückgrat des Stadtquartiers bilden, die B-Lagen zwischen Bahntrasse und Wiesbadener Straße sollen deutlich eingebunden werden. Bei den Schwerpunktbereichen handelt es sich um die Konversionsfläche Kastel-Housing, das Gelände der ehemaligen Papierfabrik Clemens und den Brückenkopf mit Kransand. Letzterer wird nach noch fehlenden handwerklichen Tätigkeiten in Kürze zur Nutzung freigegeben. Das Entwicklungskonzept sieht bereits die Trassenführung der CityBahn vor.

Punkt 2 Mainzer Sommerlichter - Möglichkeiten der Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden

Nachdem Herr Oberbürgermeister Gerich über den Wunsch der Stadt Wiesbaden informiert hat, sich an der Veranstaltung Mainzer Sommerlichter mit dem Rheinufer Mainz-Kastel zu beteiligen, berichten Herr Heiliger und Herr Leitermann über

die Absicht der beiden Marketinggesellschaften ein entsprechendes Veranstaltungskonzept für die Sommerlichter 2019 zu erstellen.

Punkt 3 **Kooperation der Wissenschaftsstädte Mainz und Wiesbaden hier: Austragung der Deutschen Science Slam Meisterschaft 2018**

Herr Oberbürgermeister Ebling informiert über den Erfolg der Kooperation der beiden Wissenschaftsstädte Mainz und Wiesbaden, die Deutsche Meisterschaft des Science-Slam im Rhein-Main-Congress-Centrum austragen zu können.

Punkt 4 **Sachstand Planungen City-Bahn Mainz-Wiesbaden**

Frau Kreienkamp trägt den Stand der Planungen zur CityBahn vor (siehe Anlage zu TOP 4). Sie begrüßt, dass diese Planungen bereits im IEHK Wiesbadener Straße Berücksichtigung finden und städtebaulich attraktive und funktional wichtige Bereiche wie der Kransand mit Brückenkopf Hand in Hand entwickelt werden können. Sowohl der Rheingau-Taunus-Kreis wie der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) hätten ihre Beteiligungsabsicht bekundet. Dies habe eine hohe Bedeutung für die Förderfähigkeit durch das Land Hessen, wie Herr Prof. Zemlin auf Nachfrage von Herrn Dr. Moerchel ausführt. Für regionale ÖPNV-Projekte würde der Landeszuschuss 25% statt 10% für lokale Projekte betragen. Ein Filmbeitrag simuliert den zukünftigen Verkehrsfluss auf der Theodor-Heuss-Brücke. Sowohl die Kapazität wie auch die Statik der Brücke würden nach einigen denkmalgerechten Verstärkungen die CityBahn tragen. Sie weist darauf hin, dass der Verkehr prognostiziert nochmals um 7% bis 2030 zunehmen werde und dies am besten mit der Straßenbahn zu bewältigen sei, weil schon heute der ÖV mit nur 2% des Verkehrsaufkommens fast ein Drittel der Personenbeförderung leiste. Die Bürgerbeteiligung mit insgesamt vier aufeinanderfolgenden Workshops mit einem identischen Personenkreis im „Babbel mit“ in Mainz und der „Dialog-Box“ in Wiesbaden sei sehr konstruktiv, fokussiert und ideenreich. Sie gehe davon aus, dass die laufenden Vorplanungen in Wiesbaden Ende 2018, in Mainz Ende des 1. Halbjahres 2019 abgeschlossen sein können.

Herr Oberbürgermeister Ebling bedankt sich für die bereits erbrachten Leistungen der beteiligten Organisationen und Planer. Er betont, dass der ÖPNV als starkes Rückgrat der Personenbeförderung in der wachsenden und hoch verdichteten Region unabdingbar ist. Er sieht darin auch positive Impulse für die Stadtentwicklung. Die Mainzelbahn habe die Stadt und das Verkehrsverhalten der Bewohner bereits heute zum Positiven verändert.

Nicht zuletzt deshalb und weil Mainz die NO_x-Belastung um 25% habe reduzieren können, habe das Gericht in der Streitsache um Fahrverbote von einem unmittelbaren Fahrverbot abgesehen. In Rheinland-Pfalz sei anders als in Hessen kein Bürgerentscheid zu diesem Projekt möglich. Gerade deshalb müsse der Beteiligungsprozess der Bürger so umfassend wie möglich sein. Am Ende sollten alle von dem

Projekt gehört haben. Gründlichkeit ginge hier vor Geschwindigkeit. Der Wirtschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz habe seine Unterstützung des Projektes signalisiert, die Höhe des Zuschusses sei jedoch noch nicht bestimmt.

Auf Nachfragen von Frau Dr. Pohl, Herrn Bohrer und Herrn Rutten erläutert Herr Kowol, dass die Stadt bis zum Frühjahr 2019 die Zweckhaftigkeit und Machbarkeit einer Ampelsteuerung am Hochkreisel prüfen werde. Dabei sei jetzt schon sicher, dass eine reine Fußgängerampel alleine keine Abhilfe der Verkehrsflussprobleme bringe. Die Machbarkeit und Steuerungsmöglichkeit einer Zweispurenlösung bei der Einfahrt aus Richtung Mainz würde geprüft, ebenso wie die Variante eines Gesamtumbaus. Die Errichtung eines Aufzugs auf der Seite der Wiesbadener Straße sei ebenfalls geplant.

Punkt 5 Sachstand "Neue Rheinbrücke" - Vorprüfung

Herr Oberbürgermeister Ebling führt in den Vortrag von Herrn Dr. Kerbeck und Herrn Dr. Conrad mit dem Hinweis auf den betonten Vorprüfungscharakter der Ergebnisse ein. Die Stadtverwaltungen hatten eine Arbeitsgruppe aus Fachämtern gebildet, mit dem Auftrag nach Standortoptionen für eine zusätzliche Rheinbrücke, bevorzugt eine IV-Brücke, zu suchen. Diese hat anhand des folgenden Rasters nach Vorhandensein bzw. Fehlen von k.o.-Kriterien gesucht, aufgrund derer ein Standort von vornherein ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage zu TOP 5):

1. Technisch-bauliche Machbarkeit
2. Verkehrliche Anbindung/Weiterführung
3. Verkehrlicher Nutzen
4. Städtebauliche Machbarkeit - Stadtbild
5. Denkmalschutz
6. Geländeverfügbarkeit
7. Umweltbelange (Natur-, Immissions-, Lärm-Gewässerschutz)
8. Sicherheitsbelange (Seveso-Richtlinie etc.)

In die engere Wahl kamen schließlich sechs theoretisch denkbare Brückenstandorte, von denen jedoch fünf aus unterschiedlichen Gründen auf Mainzer oder Wiesbadener Seite wieder auszuschließen waren:

- Die Verbreiterung der Theodor-Heuss-Brücke bzw. der Bau einer Parallelbrücke aus denkmalschützenden, städtebaulichen und verkehrlichen (Zu- und Ablauf) Gründen.
- Die Brücke zwischen Kaiserstraße und Rathenau-Platz aus städtebaulichen, technisch-baulichen (Rampen und Brückenköpfe) und verkehrlichen Gründen.
- Die stromoberseitige Paralleltrasse zur Kaiserbrücke (Eisenbahnbrücke) aus Immissionsgründen (Zoll- und Binnenhafen).
- Zwei Varianten über das Industriegebiet Ingelheimer Aue zur Albertstraße bzw. Glarusstraße in Wiesbaden aus Gründen der Geländeverfügbarkeit

(Albertstraße eingezogen), der Sicherheitsbelange (Seveso-Richtlinie) sowie der verkehrlichen Anbindung (Glarusstraße).

Auf Basis des jetzigen Prüfumfanga bleibt nur der stromunterseitige Trassenverlauf zur Kaiserbrücke ohne definitives k.o.-Kriterium. Dieser könnte in Mainz über die Straße An der Kaiserbrücke und in Wiesbaden über die Biebricher Straße an das örtliche Verkehrsnetz angeschlossen werden (Standort 4 in Karte Anlage zu TOP 5). Die Weiterführung ist jedoch noch nicht untersucht. Diese Trasse hat den Vorteil in der Mitte zwischen der Theodor-Heuss-Brücke und Schiersteiner Brücke zu liegen und hätte so verkehrlich die größten Entlastungswirkungen, allerdings auch Belastungen für das örtliche Verkehrsnetz und die Bewohner in den betroffenen Vierteln. Die Verkehrsumlenkungen sollen über Verkehrsmodelle untersucht werden.

Herr Reichel begrüßt einerseits die Diskussionsfortschritte und bedauert aber, dass man sich seit Jahren die Standortoptionen verbaut habe.

Auf Nachfrage von Herrn Rutten führt Herr Dr. Kerbeck aus, dass das Wasserschutz-, Naturschutz- und FFH-Gebiet Petersaue bei den Überlegungen berücksichtigt ist. Man sehe hier zwar einige sehr schwierige Planverfahren, aber noch keinen abschließenden k.o.-Faktor. Frau Dr. Pohl befürchtet die zusätzliche Belastung von Wohngebieten und fragt nach der Zweckmäßigkeit von IV-freien Brückenlösungen. Herr Dr. Kerbeck erläutert, dass IV-freie Brücken leichter zu realisieren wären.

Herr Stadtrat Kessler erklärt, dass die vorgetragenen Ergebnisse ernüchternd seien. Wiesbaden habe den Untersuchungsauftrag auch anders, nämlich grundsätzlicher verstanden. Ihm sei wichtig, dass zunächst auf Basis der Entwicklungsperspektiven der Region der verkehrliche Bedarf und Nutzen definiert werden und dann festgelegt wird, wo diesem städtebaulich am besten begegnet werden kann. Man müsse viel breiter, tiefer und ergebnisoffener vorgehen und dürfe Standorte aufgrund von gegenwärtigen Situationen nicht von vorneherein ausschließen. Eine reine Rad- und Fußgängerbrücke bringe nicht den gewünschten Erfolg.

Herr Köbler möchte dagegen von der Belastbarkeit der Wohngebiete und des bestehenden, kaum erweiterbaren Straßennetzes ausgehen. Es sei nicht wünschenswert, Autobahnverkehre und regionale Ausweichverkehre in die Innenstädte zu ziehen. Ein Vorhaben könne sonst mehr Probleme schaffen als lösen. Auch er plädiert für die Erstellung von Verkehrsflussmodellen.

Herr Weck unterstützt die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kessler, weil die jetzt schon bekannten Entwicklungsgebiete entlang der Rheinschiene in Wiesbaden einen Einwohnerzuwachs von 10000 bis 20000 Einwohner bedeuten werden.

Herr Kowol befürwortet die grundsätzliche Zweckmäßigkeit einer weiteren IV-Brücke. Er gibt aber zu bedenken, dass Mainz in einer komfortableren Situation sei, weil ein weitgehend ausgebauter Autobahnring vorhanden sei, der den zukünftigen Verkehr der Schiersteiner Brücke mit einer Kapazität von bis zu 300.000 Fahrten aufnehmen könne, während dies in Wiesbaden bedauerlicher Weise nicht der Fall sei. Obwohl der Bedarf im Bundesverkehrswegeplan aufgenommen sei, würden der Ausbau der A 60 und der A 671 noch immer nicht angegangen. Deshalb befürchte er, dass in Wiesbaden überregionale Verkehre auf örtlichen Straßen abgewickelt würden. Man müsse das Straßenverkehrssystem in Gänze betrachten und definieren, welche Funktion eine zusätzliche Brücke haben soll.

Herr Oberbürgermeister Ebling beendet die Diskussion mit dem Vorschlag, die angefangenen Untersuchungen vertiefend fortzuführen.

Punkt 6 **Sachstand der Planungen für das Gebiet Ostfeld/Kalkofen in der Landeshauptstadt Wiesbaden**


Herr Mendgen erläutert die Entwicklungsabsichten zum Gebiet Kalkofen/Ostfeld (siehe Anlage zu TOP 6). Die Vorprüfungen und Untersuchungen auf Basis von drei Rahmenszenarien würden gegen Ende 2018 fertiggestellt werden, so dass dann ein Rahmenplan angegangen werden könne. Die Klimabelange auch für Mainz seien Bestandteil des Untersuchungsprogramms (Rückfrage Herr Köbler). Herr Oberbürgermeister Ebling bedankt sich für die Informationen.

Punkt 7 **Verschiedenes**

Herr Oberbürgermeister Ebling informiert über die turnusmäßige Übernahme des Vorsitzes von Herrn Oberbürgermeister Gerich zum Jahreswechsel und den Tagungsort Wiesbaden zur nächsten Sitzung. Er schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.

Mainz, 20. Nov. 2018


.....
Vorsitz
Michael Ebling
Oberbürgermeister


.....
Schriftführung
Hans Schiller